

Berein für kommunale Wirtschaft und Kommunalpolitik.

N. Berlin, 13. Dezbr. (Priv.-Tel.) Unter starker Beteiligung aus dem ganzen Reich, aus dem verbündeten Oesterreich und in Anwesenheit zahlreicher Vertreter von Reichs-, Staats- und Militärbehörden hielt heute der Verein für kommunale Wirtschaft und Kommunalpolitik seine vierte Mitgliederversammlung ab, die sich mit wichtigen kommunalen Kriegsfragen beschäftigte. Den Vorsitz führte Oberbürgermeister Dr. Scholz (Charlottenburg), der mit Stolz feststellte, daß auch der Tätigkeit der Kommunen der Sieg mit zu danken sei, den Deutschland hinter der Front errungen habe. Dem Verein gehören zur Zeit 575 Städte, Gemeinden, Landkreise, Amtshauptmannschaften, Bezirksverbände, Fachvereinigungen und Fachmänner an. Allein während des Krieges ist seine Mitgliederzahl von 440 auf 575 gestiegen.

Das erste Verhandlungsthema lautete:

„Die Kriegsbeschädigtenfürsorge“.

Landesrat Dr. Horion (Düsseldorf) schilderte die Erfahrungen, die er seit etwa 8 Monaten in der Zentralstelle für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Rheinprovinz gemacht hat, und kam zu dem Ergebnis, daß sich die Stimmung der Kriegsbeschädigten gegen die erste Zeit des Krieges wesentlich gebessert habe. Vor allem sei die Angst, durch das Ergreifen eines Berufs die Rente zu verlieren, dank der allgemeinen Aufklärungsarbeit wesentlich geschwunden. Allgemeine Vorwürfe, es fehle den Kriegsbeschädigten an gutem Willen, wieder in das Erwerbsleben zurückzukehren, seien unbegründet. Allerdings sei die Neigung zum Schreiber- oder kaufmännischen Beruf zu groß und es müsse alles getan werden, dem Kriegsbeschädigten die Idee zu nehmen, daß sie alle Schreiber werden könnten. Gerade die Aussichten, in diesem Beruf ein Fortkommen zu finden, würden nach dem Kriege sehr gering sein. Die Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten habe im Rheinland bisher glänzend geklappt. Bei der jetzigen Lage des Arbeitsmarktes sei das freilich nicht schwer, später werde es nicht mehr so leicht sein. Das wichtigste Problem werde die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Kriegsbeschädigte sein, deren Zahl täglich wachse, während die Zahl der für sie geeigneten Stellen nicht in gleichem Umfange zunehme. Hier müsse man so mehr etwas geschehen, als ein Schlosser, Schreiber oder Fabrikarbeiter mit künstlichen Armen immer nur eine Ausnahme bilden könne. Nichtsdestoweniger sei zu hoffen, daß bei einigem Entgegenkommen der Arbeitgeber und bei einem guten Willen der Kriegsbeschädigten der größte Teil von ihnen mit einer Erwerbsmöglichkeit würde bedacht werden können. (Beifall.)

Bürgermeister Dr. Luppe (Frankfurt a. M.) behandelte besonders

das Lohnproblem.

Weite Arbeiterkreise befürchteten von einer umfangreichen Beschäftigung Kriegsbeschädigter eine lohndrückende Tendenz. Nun werde zweifellos bei der Entlohnung nach Zeit der Versuch gemacht werden, das Lohnniveau allgemein herabzubringen. Hier müssen Tarifverträge ausgleichend wirken. Jetzt gelinge es ja, fast alle Kriegsbeschädigten dem Erwerbsleben zurückzuführen, ob das aber auf die Dauer und vor allem nach Rückkehr der Millionen von Arbeitskräften aus dem Felde möglich sein werde, könne noch nicht mit Sicherheit gesagt werden. Die Arbeitsvermittlung arbeite jetzt ausgezeichnet, später allerdings werde der Arbeitsmarkt ein anderes Bild bieten. Später werde man Arbeitgeber suchen müssen, die bereit seien, ihre Einrichtungen den Kriegsbeschädigten anzupassen. Dann reiche die normale Vermittlung nicht mehr aus und die Kriegsbeschädigten fürsorge müsse Hand in Hand mit den Arbeitsnachweiser arbeiten. Gegen den Gedanken der Bodenreformer auf Schaffung von Kriegerheimstätten verhielt sich der Redner absolut ablehnend; einmal würde dadurch ein Gegensatz geschaffen zwischen Kriegerern und Nichtkriegerern, und nichts wäre verhängnisvoller als auch noch im Frieden die Menschen daraufhin zu untersuchen, ob sie am Kriege teilgenommen hätten oder nicht. Etwas Trübsüchtigeres könne es nicht geben. Dann aber sei es auch verkehrt, den Leuten etwas zu versprechen, was man nicht halten könne, nämlich jedem Krieger das Recht auf Erwerbung einer Heimstätte zu geben. Vielleicht werde die schon seit langem bestehende Siedelungsbewegung nach dem Kriege neue Bahnen beschreiten müssen, aber das könne man der Zukunft überlassen. (Beifall.)

In der Aussprache trat Senatspräsident Dr. von Strauß und Torney (Berlin) dafür ein, daß Kriegsbeschädigten, die zur Trunksucht neigen, statt der Geldrente Staatsleistungen gewährt werden. Reichstagsabgeordneter Meyer (Herford) wünschte Maßnahmen gegen die Rentenpsychose. Die Kriegsbeschädigten würden sich leichter in das Erwerbsleben einführen lassen, wenn sie nicht den Verlust der Rente befürchten müßten. Man sollte deshalb entweder etwa nur alle zehn Jahre eine Nachprüfung vornehmen oder Schwerbeschädigten eine ein für allemal festgesetzte Rente für die Lebensdauer gewähren. Vielfach behielten sich auch die Arbeiter selbst gegen Kriegsbeschädigte nicht gerade freundlich und es seien Fälle bekanntgeworden, in denen sich Arbeiter darüber beschwerten, daß die Kriegsbeschädigten, die neben dem Lohn ihre Rente bezögen, mehr verdienten als sie selbst. (Hört, hört.)

Ueber

Kriegsmaßnahmen der Städte auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung

sprach Oberbürgermeister Koch (Kassel). Er ging davon aus, daß in jedem Kriege die Lebensmittelpreise steigen. Das sei auch 1870 geschehen, wo von einer Aushungerung Deutschlands gar keine Rede gewesen sei. Damals habe der Zentner Kartoffeln 6 Mark gekostet, aber deshalb dürfe man die Hände nicht in den Schoß legen. Unbestreitbar herrsche an vielen Lebensmitteln eine wirkliche Knappheit, dagegen hülfe keine polizeilichen Verordnungen, sondern nur wirtschaftliche Maßnahmen. Man habe es ja beim Brot am besten gesehen. Die fleisch- und fettlosen Tage hätten gewiß ihren Wert, aber man sollte ihre Tragweite nicht überschätzen. Nur 6 pCt. aller Familien verfügten über ein Einkommen von mehr als 3000 Mark, sodas sich 94 pCt. aller Haushaltungen an sich schon in dieser Zeit keines besonderen Wohllebens erfreuen könnten. Fettkarten würden nicht helfen, denn sie wären nicht wie die Brotkarten Verteilungs-, sondern Beschränkungskarten. Es würde nicht verstanden werden, wenn der Inhaber einer solchen Karte trotzdem im Laden keine Butter bekomme, weil es eben keine Butter gebe. Außerdem wäre die Kontrolle beim Fettbeinahe unmöglich. Der Bäcker bekomme nicht mehr Mehl, als er Brotkarten abliefern, bei Fettkarten sei ein solcher Verkehr unmöglich, weil das Fett nach wie vor nicht von den Städten, sondern von den Händlern geliefert würde. Man habe nun einmal zu wenig Fett und sollte sich vor der Uebertreibung hüten, alle Mängel auf ein Zurückhalten aus wucherischen Gründen zu schieben. Damit aber diskreditiere man sich nur vor dem Ausland. Viel richtiger sei es, die Knappheit zuzugeben und sie mit entschiedenen Maßnahmen zu bekämpfen. Als solche Maßnahmen kämen ausschließlich wirtschaftliche Maßnahmen in Betracht. Die notwendigen Nahrungsmittel neben Getreide, die Kartoffeln und die Fette, müßten, wolle man auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung weiter kommen, im denkbar größten Umfang den Selbstverwaltungsorganen zur Verteilung überlassen werden. Zu diesem Zweck müßten natürlich viele Waren den Städten an die Hand gegeben werden. Um zu verhüten, daß die Städte auf dem Lebensmittelmarkt umherirren und um ein stärkeres Uebervorteilen zu vermeiden, müsse der Einkauf im In- und Ausland durch große, vom Reich ins Leben gerufene Zentraleinkaufsstellen erfolgen. Diese Zentralstellen ihrerseits müßten dann für die Ueberweisung an die Städte Sorge tragen. Der heutige Zustand, daß die Leiter der großen Kommunen bei den bestehenden Gesellschaften antichambrieren müssen, sei unwürdig. Im allgemeinen dürfe man nicht undankbar sein und müsse anerkennen, daß wohl kein Volk und

keine Regierung in dieser Lage Besseres geleistet hätten als Deutschland. (Beifall.)

Oberbürgermeister Dr. Wilms (Posen) meinte, daß man sich an das Spiel der freien Kräfte im Frieden so sehr gewöhnt hatte, daß man sich auch noch nach der Mobilmachung zunächst nicht recht habe entschließen können, ein Programm für die Lebensmittelversorgung aufzustellen. Im Gegensatz zu dem Vorredner trat dieser Redner für die Einführung von Fettkarten ein, weil die sonst vorhandene Ungleichheit vom Volke als ungerecht empfunden würde. Um dieses Gedanken der sozialen Gerechtigkeit willen müßten die Schwierigkeiten, die mit einer Fettkarte verbunden seien, in Kauf genommen werden. Alle Kreise des Volkes müßten mit den Lebensmitteln haushalten, auch die ländliche Bevölkerung, die dazu schwer zu veranlassen sei, weil sie die Lebensmittel selbst herstellt.

In der Aussprache wurden auch gründliche Maßnahmen für die Fleischversorgung verlangt, und der bestehende Butterhöchstpreis als viel zu hoch bezeichnet.